

„ Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. ”

BIRSO - Fraktion des Stadtrates Pöbneck

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pöbneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223

Fu.Tel. 0160 96461516; E-Mail: kleindienst@birso.de; Internet: www.birso.de

Pöbneck, den 22.10.12

Presseerklärung

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der OTZ vom 20.10.12 wurde über die Themen Konzessionsverträge, Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten und Straßenausbaubeiträge aus der Stadtratssitzung vom 18.10.12 berichtet. Wir möchten zu diesen Themen folgende Erklärung abgeben und bitten um die Veröffentlichung.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

1. Erhebung von einmaligen Beiträgen für Straßenausbau

Die Fraktion der BIRSO hat geschlossen die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (SAB) abgelehnt. Den Grundstückseigentümern entsteht durch einen derartigen Zwangsbeitrag kein besonderer Vorteil. Die Grundstücke im bebaubaren Innenbereich sind bereits erschlossen. So wurden z.B. schon vor 85 Jahren in Pöbneck von den Grundstückseigentümern für diese Erschließung Abgaben bezahlt. Die Bürgerallianz Thüringen, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen, hat ein Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen auf den Weg gebracht. Derzeit lässt die Landesregierung die Zulässigkeit des Volksbegehrens vor dem Verfassungsgericht prüfen. Unsere Fraktion hat bereits in der Stadtratssitzung am 24.05.12 den Stadtrat aufgefordert, eine Erklärung an die Landesregierung zu verabschieden, in der die Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes und die Aussetzung der Erhebung von SAB bis zur Entscheidung unseres Volksbegehrens gefordert wird. Wir werden uns in den nächsten Stadtratssitzungen für diese Erklärung weiterhin einsetzen. Unsere Fraktion hat als einzige Fraktion im Stadtrat seit 1999 Initiativen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ergriffen. Wir waren es, die von Anfang an die Rechtmäßigkeit der bisherigen wiederkehrenden SAB Satzungen bezweifelt und auch Recht bekommen haben. Stadträte der Freien Wähler/FDP, der SPD und der Linken haben den einmaligen SAB zugestimmt, die rückwirkend bis 1991 erhoben werden. Wir behalten uns vor, das öffentliche Abstimmungsergebnis zu veröffentlichen. Wir befürchten nicht nur eine „kalte Enteignung“ der privaten Grundstückseigentümer z.B. durch die Eintragung einer Grundschuld, sondern auch eine enorme Belastung der Wohnungswirtschaft. Die GWG Pöbneck/Triptis und die Wohnungsgenossenschaft werden bei der Finanzierung weiterer wichtiger Investitionen massiv eingeschränkt und im Wettbewerb benachteiligt. Wir kritisieren auch ein zunehmenden Verwaltungsaufwand, eine Benachteiligung unseres Gewerbes und des Mittelstandes sowie ein Kaufkraftverlust unserer Bevölkerung.

Wir haben einen Eid geleistet, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Mit der Ablehnung von Straßenausbaubeiträgen kommen zumindest wir dieser Verpflichtung nach. Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt diese Zwangsbeiträge auch ab, weil sie mittelalterlichen Raubrittermethoden sehr ähnlich sind.

„ Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. ”

BIRSO - Fraktion des Stadtrates Pößneck

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223

Fu.Tel. 0160 96461516; E-Mail: kleindienst@birso.de; Internet: www.birso.de

Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Abgabengesetz geändert werden kann, wenn demokratisch gewählte Volksvertreter die Interessen ihrer Wähler konsequent vertreten und dem unzeitgemäßen Thüringer Kommunalabgabengesetz nicht mehr willenlos zustimmen.

2. Konzessionsvertrag Strom

Unsere Fraktion hat den Konzessionsvertrag Strom aus folgenden Gründen nicht zugestimmt. Die Stadtwerke Energie Jena/Pößneck (SWEJP) wenden keine Tarifverträge an, wie die des Arbeitgeberverbandes energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmen (AVEU), der für ostdeutsche Energieversorgungsunternehmen gängig ist. Das gezahlte Entgelt und andere Vergünstigungen nach den Tarifverträgen des AVEU liegt bei den Mitarbeitern des SWEJP, nach Berechnungen der Gewerkschaft ver.di, etwa 20 % unter denen von ostdeutschen EVU. Wir sind jedoch erfreut und optimistisch, dass wir dazu beitragen konnten, dass es noch im November 2012 ein erstes Gespräch zwischen der Geschäftsführung der SWEJP und ver.di kommen wird. Somit besteht für die vielen Mitarbeiter Hoffnung auf eine Verbesserung der Bezahlung und anderer Rahmenbedingungen.

Ein weiter Grund war die Ablehnung unseres Änderungsantrages. Mit dem Änderungsantrag sollten die Folgekosten der Stadt Pößneck bei Straßenbaumaßnahmen gesenkt werden. Der Entwurf entspricht auch nicht den Empfehlungen des Gemeinde- und Städtebundes Thüringens. Mit unserem Vorschlag hätte man eine wesentliche gemeindegerechte Kostenverteilung und eine angemessene Beteiligung an den Folgekosten der SWEJP erreicht. Die vorgesehene Kostenübernahme durch die Stadt Pößneck für den Straßenaufbruch bis zur Unterkante der Frostschutzschicht und für den Straßenaufbau ab der Unterkante der Frostschutzschicht ist unüblich und vor allem unverhältnismäßig hoch. Kommunen in der Nachbarschaft, wie z.B. Krölpa, Ranis oder Triptis müssen diese Kostenanteile nicht tragen, da sie den Musterkonzessionsvertrag anwenden

3. Gestattungsvertrag Fernwärmeversorgung

Auf Initiative der Fraktion der BIRSO werden nun mit dem Vertrag s.g. Gestattungsentgelte, auch als Konzessionsabgaben bekannt, an die Stadt gezahlt, die ursprünglich nur für Jena vorgesehen waren. Wir sind erfreut, dass nun auch unsere Stadt davon finanziell profitiert. Der Stadtrat hat auch unseren Änderungsantrag zugestimmt, in dem der Anspruch der SWEJP aus der „Fernwärmewangssatzung“ hervorgeht. Die Satzung über die Regelung der Fernwärmeversorgung der Stadt Pößneck (Fernwärmewangssatzung) vom 18.09.1995 wurde am 13.10.2005 durch den Stadtrat Pößneck, mit 11 Jastimmen, 7 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen aufgehoben. Der Beschluss des Stadtrates wurde nicht beanstandet, Im Amtsblatt veröffentlicht und hat somit Bestandskraft.

Die Satzung über die Regelung der Fernwärmeversorgung der Stadt Pößneck (Fernwärmewangssatzung) vom 18.09.1995 verhindert Wettbewerb und führt zu höheren Heizkosten. Mit der Aufhebung unterliegt auch die Fernwärme dem Wettbewerb. Dadurch kann es zu Kosteneinsparungen für Mieter, kommunale Unternehmen oder für Einrichtungen der Stadt Pößneck kommen.

„ Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. ”

BIRSO - Fraktion des Stadtrates Pößneck

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223

Fu.Tel. 0160 96461516; E-Mail: kleindienst@birso.de; Internet: www.birso.de

4. Höhere Elternbeiträge für Kita

Die Fraktion der BIRSO hat einer Erhöhung der Elternbeiträge für die Benutzung der städtischen Kindertageseinrichtung nicht zugestimmt. Unser Änderungsantrag die Elternbeiträge wie bisher zu belassen wurde vor allem von Freie Wähler/FDP, SPD und Linke abgelehnt. Für die von der Verwaltung geschätzten jährlichen Mehrkosten von 20 T€ wollten wir durch die von uns erreichten Mehreinnahmen der Konzessionsabgabe Fernwärme decken. Dem Steuerzahler in Pößneck wäre dadurch kein Nachteil entstanden. Für die Elternbeiträge anderer Träger von Kindertagesstätten ist der Stadtrat nicht zuständig. Wenn andere Träger in der Lage sind wichtige und richtige Investitionen in Bildungseinrichtungen oder in die Altenpflege zu investieren, müsste aus unserer Sicht auch ein Beibehalten der bisherigen Elternbeiträge möglich sein. Hinzu kommt, dass die Stadt Pößneck in der Vergangenheit schon derartige Investitionen mit s.g. Baukostenzuschüssen, mit einem sechsstelligen Eurobetrag unterstützt hat. Somit trägt auch die Meinung der Befürworter der Erhöhung, dass die Elternbeiträge aller Einrichtungen aus Gründen des Wettbewerbes gleich sein sollten.

Eine Finanzierung nicht nur von Kindertageseinrichtungen sondern auch Bildungseinrichtungen in Deutschland wäre allein möglich, wenn sich die BRD nicht an den Kriegen in Nordafrika, Irak, Balkan oder Afghanistan beteiligen würde. Für den Krieg in Afghanistan hat die Bundesregierung ab 2013 weitere 470 Mio. Euro Unterstützung zugesagt. Hinzu kommt eine über 2014 hinaus gehende, trotz Rückzugsankündigungen, Kriegsbeteiligung von jährlich 600 Mio. Euro, welche vom Verteidigungsminister unlängst angekündigt wurde. Wir fordern die verantwortlichen Parteien auf, sämtliche Kriegsbeteiligungen, egal unter welchem Mandat, zu beenden und wir fordern besonders Kommunalpolitiker auf, uns hierbei zu unterstützen.

Durch die Änderung des Kita-Gesetzes verbleiben ca. ein Drittel der Personalkosten bei den Kommunen. Die SPD hat uns mit dem Volksbegehren enttäuscht. Durch die Hintertür werden die Kosten auf die Kommunen abgewälzt.

Durch die unterschiedliche Finanzstärke der Kommunen und fehlende Unterstützung durch das Land seien einige Gemeinden vielmehr dazu gezwungen, die Elternbeiträge zu erhöhen. Die Abwälzung der Mehrkosten zulasten der Kommunen ohne finanzielle Absicherung durch das Land belastet die Eltern. Das sozialpolitische Anliegen der Reform ist gescheitert. Der Stadtrat muss endlich den Mut aufbringen, sich vor seine Bürger zu stellen. „Wir sind das Volk“ war eine richtige Losung, die heute leider nicht mehr verstanden werden will.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst
Fraktionsvorsitzender